

Verantwortl. Redakteur: M. D. Köhler in Stettin.
Verleger und Drucker: M. Graßmann in Stettin, Kirchplatz 3—4.

Bezugspreis: in Stettin monatlich 50 Pf., in Deutschland 2 Mk.
vierteljährlich; durch den Briefträger ins Haus gebracht
kostet das Blatt 50 Pf. mehr.

Anzeigen: die Beilagen oder deren Raum im Morgenblatt
15 Pf., im Abendblatt und Neuen 30 Pf.

Stettiner Zeitung.

Abend-Ausgabe.

Sonnabend, 24. Dezember 1892.

Annahme von Inseraten Kirchplatz 10 und Kirchplatz 3.

Agenturen in Deutschland: In allen größeren
Städten Deutschlands: R. Mosse, Haasenpfeiffer & Vogler
G. L. Daube, Invalidendank, Berlin Bernh. Arndt, Max
Gerstmann, Elberfeld W. Thienes, Greifswald G. Illies,
Halle a. S. J. L. Bock & Co., Hamburg Joh. Nootbaar, A.
Steiner, William Wilkens, in Berlin, Hamburg u. Frank-
furt a. M. Mein. Eisler, Kopenhagen Aug. J. Wolf & Co.

Die drohende Gefahr der Zustände in Frankreich.

Die „N. Fr. Pr.“ schreibt: Der Griffel, welcher das Bild einer sinkenden Republik zeichnen sollte, müßte von einem Künstler geführt werden, welcher die ehernen Gesetze eines Verfalls zu schildern versteht. Die Mitleiden, welche von der Macht der schauerlichen Momente beherzigt werden und verzagt am Ufer eines eilen Schicksals stehen, haben nur das dunkle Gefühl, daß sich in Frankreich ein Völkervertrag vorbereite, dessen Anfänge sie sehen, dessen Zusammenhang mit den zerstörenden und beständig empordringenden Elementen der Gegenwart sie ahnen, dessen Ende sie jedoch nicht kennen. Ein oberflächliches Urtheil, das sich den Massen gefangen giebt und der Stimmung anpaßt, könnte sich damit begnügen, auf die Wauern von Paris das schreckliche Wort zu schreiben, das einst dem alten Rom entgegengebrüllt wurde: O künftige Stadt! Künftig sind die Minister, die Abgeordneten, die Senatoren und die Führer der Parteien. Ein grauenhafter Zustand. Der Handelsminister und der Finanzminister, die vor wenigen Tagen noch die Geschichte des Landes geleitet haben und im Rathe des Präsidenten gesessen sind, müssen bleich und verlegen lahm auf Schuldbänken flammeln und sich rufen, ihre Ehre vor den Geschworenen zu verteidigen. Zwei Justizminister werden dem Kriminal überliefert, und die Mitglieder des Parlaments starren sich mit angstvollen Blicken gegenseitig an, weil Niemand weiß, was morgen die Reize trifft, und Viele den kalten Griff erwarten, der ihre Existenz vernichtet. Der Ehrenplatz eines Völkervertrages ist zum Schandplatz geworden, auf welchen die Wange verächtlich hinweist. Das französische Parlament ist tief herabgewürdigt und gilt in der Öffentlichkeit als ein Markt, wo Geizhungen und Stimmen feilgehalten werden. Alles erscheint jetzt als Ausfluß des Gelbes, das Pathos des Tribuns, die Strenge des Radikalen, die flammende Verehrtheit eines Clemenceau und die Klugheit eines Rouvier. Der Schwerpunkt der Republik ist in der Zukunftspolizei zu finden, die Überzeugungen und aus dem Innersten hervorbrechenden Wallungen werden als Lüge verhöhnt, und das Wort wird als ein Artikel des Preislaufs bezeichnet. Damit in diesem Drama der Rar nicht fehle, erhebt sich Drouot und erklärt, die Deputierten seien von der Triple-Allianz befallen worden, eine edle französische Vorstellung, welche für die eigene Niedrigkeit einen fremden und gaulwinnsüchtigen Hintergrund sucht.

Das ist alles richtig und doch nur am Rande der Wahrheit. Herr von Vogué hat Recht, wenn er in seinem jüngsten Aufsatze daran erinnert, daß die Verfassung in Frankreich ein sehr hohes Alter besitze. Schon der Satiriker Rabelais hat seinen Panurge mit der Kunst aus, mit dreizehnstündig vertriebenen Manieren Gold zu erhaschen zu können. Die Enkel des Panurge haben es noch weiter gebracht, aber darauf kommt es nicht mehr an. Frankreich war immer die hohe Schule der finanziellen Sittenverderbnisse, das Königthum hatte seine Generalpächter und seinen Calonne, die beiden Kaiserreiche ihren Duxard und Morny, die Juli-Monarchie ihren Fieschi, und der gewöhnliche Diktator wird keinen Zusammenhang zwischen der besonderen Form der Verfassung und der Fäulnis entdecken. Es ist dennoch ein Unterschied zu merken, welcher erst das ganze Unheil Frankreichs entzündet und die volle Schwere der Krise andeutet. Schon empfanden sich die Verhältnisse gegen den Widerstand der politischen Gewalt, und der Sturz eines moribunden Parlaments und einer siechen Herrschaft ist zugleich der Erfolg einer politischen Jugend. Dann ist der Kampf gegen die Korruption das Erwachen der gesunden Instinkte des Volkes, und die Sympathie kann unbetrübt bei den Angezeigten verbleiben, welche das Aufkommen der Moral verkörpern und durch ihre Ehrliebe den Staat aus dem Schlamme retten. In einem solchen Streite schauern sich die anständigen Menschen um das Banner der Reinheit, und selbst in den trübsten Augenblicken geht die Hoffnung nicht unter, weil der Krieg durch die edelsten Triebe der Vaterlandsliebe entflammte wird.

Jetzt führen in Frankreich die Unrechten gegen die Unrechten, und das macht die Trostlosigkeit begreiflich, von welcher die öffentliche Meinung überwältigt wird. Die Sittenreiner mit dem Keckhaken in der Hand sind beständige Erpresser, Erzgeizlinge, welche alle Parteien verathen haben, gemeine Spekulationen, die von finsternen Vorgehens in Frankreich bei uns in Deutschland nicht nur unter dem philosophischen Gesichtswinkel der Völkerpsychologie, sondern mehr noch unter dem praktischen der Einwirkung auf das Verhältnis zwischen uns und dem Nachbarlande betrachtet. Wenn man aber hier und da bereits so weit geht, sie gegen eine Verstärkung des deutschen Heeres zu verwerthen, so ist das nicht berechtigt. Allen Anschein nach sind freilich die Stützen der regierenden republikanischen Gesellschaft bedenklich morsch geworden und die Möglichkeit ist gegeben, daß die bestehende Staatsform unter dem ersten ernsthaften Stoße zusammenbricht.

Abet deshalb zu meinen, daß unter diesen Umständen die Franzosen auf längere Zeit im eigenen Hause noch viel zu thun haben würden, um an den Revanchekrieg gegen Deutschland zu denken, würde sehr irrig sein. Im Gegenstheil, in der allgemeinen Verwirrung, welche eine innere Katastrophe hervorbringen würde, könnte es leicht kommen, daß Derjenige die Oberhand gewänne, welcher das Volk mit einem die Leidenschaft aller ohne Unterschied der Partei entflammenden Worte fortzureißen verstände. Und es gäbe kein anderes Wort, welches diese Zauberkraft in dem Grade besäße, wie die Vergeltung seit 1870. Jedenfalls ist es wahrscheinlich, daß die erwähnte Katastrophe den Ausdruck des Krieges beschleunigen, als daß sie ihn verzögern würde. Man sage auch nicht, daß die Ansichten eines russisch-französischen Zusammenwirkens verändert seien. Es mag ja sein, daß der Zar durch den neuesten Gang der Dinge in Frankreich nicht wenig verstimmt ist. Aber jede neue Gewalt, die in Frankreich aus Ruher käme, würde zunächst nach der Hand Russlands suchen, und es ist nicht abzusehen, wie diese Gewalt dem Zaren minder sympathisch oder, sagen wir vielleicht richtiger, noch un sympathischer sein sollte, als die gegen-

wärtige aus der Revolution hervorgegangene Republik. Sollte man selbst einen Sieg des rothen Sozialismus voraussetzen, so würde er doch nur einen kurzen Uebergangszustand zur cäsarischen Diktatur bilden. Aber auch die Möglichkeit einer Restauration des Königthums erscheint nicht ganz ausgeschlossen. Einzelne aber, ob Kaiser oder König, die Haltung Russlands gegenüber einem so konstituierten Frankreich würde zum Mindesten nicht unfreundlich sein als bisher.

Und so scheint uns, wenn man die Vorschläge in Frankreich mit der deutschen Militäroorlage in Zusammenhang bringen will, man sie eher für als gegen diese verwerthen könnte.

Im Offizierskorps des Verlaubtenstandes sind durch Kabinetsordre vom 17. d. M. 11 Premierlieutenanten zu Hauptleuten begn. Rittermeistern und 64 Sekondlieutenanten, darunter 9 in Berlin, zu Premierlieutenanten befördert. Die Zahl der Beförderungen von Vizefeldwebeln und Vizehauptleuten zu Offizieren beläuft sich auf 141; ferner sind 2 Offiziere a. D. wieder im Verlaubtenstande angestellt. Angeschrieben sind 42 Offiziere, so daß sich die Zahl der Offiziere des Verlaubtenstandes um 101 erhöht hat.

Die im Reichs-Eisenbahnamt aufgestellte Uebersicht der Betriebsergebnisse deutscher Eisenbahnen für den Monat November d. J. ergibt für die 70 Bahnen, welche auch schon im entsprechenden Monat des Vorjahres im Betriebe waren und zur Vergleichung gezogen werden konnten, mit einer Gesamtbetriebslänge von 37,491,48 Kilom. Folgendes:

Am 1. November d. J. betrug die Einnahme:

a) aus dem Personenverkehr im Ganzen 22,713,552 Mark oder 537,656 Mark mehr als im demselben Monat des Vorjahres, auf 1 Kilometer Betriebslänge 617 Mark oder 0,82 Prozent mehr als in demselben Monat des Vorjahres; b) aus dem Güterverkehr: im Ganzen 75,170,285 Mark oder 3,393,597 Mark mehr als in demselben Monat des Vorjahres, auf 1 Kilometer Betriebslänge 2011 Mark oder 3,02 Prozent mehr als in demselben Monat des Vorjahres. In der Zeit vom Beginn des Etatsjahres bis Ende November d. J. betrug die Einnahme: A. Bei denjenigen Bahnen, deren Rechnungsjahr die Zeit vom 1. April bis 31. März umfaßt, a) aus dem Personenverkehr: im Ganzen 197,279,955 Mark oder 2,195,342 Mark weniger als in demselben Zeitraum des Vorjahres, auf 1 Kilometer Betriebslänge 6667 Mark oder 2,56 Prozent weniger als in demselben Zeitraum des Vorjahres; b) aus dem Güterverkehr: im Ganzen 466,733,546 Mark oder 4,707,659 Mark weniger als in demselben Zeitraum des Vorjahres, auf 1 Kilometer Betriebslänge 15,486 Mark oder 2,45 Prozent weniger als in demselben Zeitraum des Vorjahres. B. Bei denjenigen Bahnen, deren Rechnungsjahr mit dem Kalenderjahre zusammenfällt, a) aus dem Personenverkehr im Ganzen 59,081,185 Mark oder 183,082 Mark weniger als in demselben Zeitraum des Vorjahres, auf 1 Kilometer Betriebslänge 8521 Mark oder 0,93 Prozent weniger als in demselben Zeitraum des Vorjahres; b) aus dem Güterverkehr: im Ganzen 108,181,636 Mark oder 2,504,502 Mark weniger als in demselben Zeitraum des Vorjahres, auf 1 Kilometer Betriebslänge 15,451 Mark oder 2,86 Prozent weniger als in demselben Zeitraum des Vorjahres.

Abweichend von den letzten Monaten schließt der November mit Mehreinnahmen ab. Was insbesondere die preussischen Staatsbahnen betrifft, so ergeben die Betriebsergebnisse im November bei einem gegen das Vorjahr um 425,71 Kilometer vergrößerten Bahnnetz im Personen- und Güterverkehr ein Mehr von 372,548 Mark, im Güterverkehr ein Mehr von 2,807,020 Mark; insgesamt mit Mehreinnahmen ein Mehr von 3,359,439 Mark und pro Kilometer ein Mehr von 80 Mark. In der Zeit vom 1. April bis Ende November wurden eingenommen:

An neuen Bahnen wurde eröffnet:

Am 1. November d. J. die Strecken Kolten-Bajohn 11,35 Kilometer, Tüft-Ragnitz 13,17 Kilometer, Stallupönen-Billfallen 17,69 Kilometer (königliche Eisenbahn-Direktion zu Bromberg), Dyhrup-Gräfenroda 18,59 Kilometer (königliche Eisenbahn-Direktion zu Erfurt) und Taubenheim-Dürrenmorsdorf 12,04 Kilometer (königlich sächsischen Staatseisenbahnen); am 3. November die Strecke Schmalkalen-Hoh-Selgenthal 5,35 Kilometer (königliche Eisenbahn-Direktion zu Erfurt) und am 15. November die Strecke Falkenstein-Muldenberg 10,21 Kilometer (königlich sächsischen Staatseisenbahnen).

Bei der jüngst im Reichstagsgebäude stattgehabten Vorbesprechung von Mitgliedern aller Fraktionen über den Entwurf eines Auswanderungsgesetzes trat die allgemeine Aufschauung zu Tage, daß die Vorläge in der bestehenden Form unannehmbar sei. Zu den Bestimmungen, die von der liberalen Partei verworfen werden, gehören diejenigen, die auf Verhinderung der Auswanderung konfessionsbrüchiger Arbeiter gerichtet sind. Dahin gehende Gefühle von Großgrundbesitzern, die häufig an den früheren Minister für Landwirtschaft, Dr. Friedenthal, gelangten, wurden von diesem stets mit dem Hinweis darauf abgewiesen, daß die schon bestehenden drei Mittel zur Abwendung von Nachtheilen für die Landwirtschaft ausreichen, nämlich das Zwangsverfahren zur Fortsetzung des Dienstes, der Antrag auf Verkaufung und die Verfolgung des Entschädigungsanspruches. Dienstboten und Tagelöhner, die gegen bestimmten Lohn und Gewährung einer Wohnung auf einem Landgute angenommen werden, sowie Arbeiter, die sich für bestimmte land- und forstwirtschaftliche Arbeiten verbunden haben, würden, wie der Minister bemerkte, der gesellschaftlichen Strafe verfallen, wenn sie ohne rechtmäßige Ursache den Dienst verließen. Der der Auswanderung verdächtige Arbeiter könne auf Antrag der Dienstherren auf Grund des § 211 der deutschen Strafprozessordnung zur Strafe gebracht und nach § 127 a. a. O. vorläufig festgenommen werden. Daß die Dienstherren in Folge Vertragsbruchs Anspruch auf Entschädigung habe, vertheile sich von selbst, und beschleunigt könne das Verfahren werden durch Anbringung des Arrestes und dessen Vollstreckung. Eine energische

Herrschaft über deren Vertretung würde das in wenigen Stunden bewirken. Auch der frühere Minister Graf Eulenburg trat dem Drängen der Grundbesitzer nach gesetzlichen Maßregeln gegen die Auswanderung ländlicher Arbeiter im Jahre 1873 im Abgeordnetenhaus mit den Worten entgegen: „Der Drang nach Auswanderung kann nur bekämpft werden durch Gesetze und Einrichtungen, welche dem Auswanderer die heimathlichen Verhältnisse so angethan erscheinen lassen, daß er sich in denselben heimisch fühlt.“

Diesem, 22. Dezember. Für die durch den Tod des bisherigen Abgeordneten v. Kossowski notwendig gewordene Reichstagsersatzwahl im Kreise Berent-Dirschau-Pr. Stargard haben die Konserativen den Landrat Engler aufgestellt. Der Wahlkreis dürfte bei der gegenwärtigen Zusammenfassung der Bevölkerung im Besitz der Polen verbleiben.

Riel, 23. Dezember. (W. T. B.) Das hiesige Stadtverordneten-Kollegium hat zu seiner heutigen Sitzung den Chefredakteur der „Rieler Zeitung“, Riepa, zum Stadtverordneten-Vorsitzer und den Geheimen Kommerzienrath Sartori zum Stellvertreter desselben ernannt.

Frankfurt a. M., 23. Dezember. (W. T. B.) In dem heute im Türkenlooseprozeß stattgehabten Termin wurde nur die Frage der Gerichtszuständigkeit behandelt. Das Gericht entschied, daß der hiesige Gerichtshof für die Feststellung der Verpflichtungen aus der Vergangenheit und aus der Gegenwart zuständig sei, während bezüglich der zukünftigen Ansprüche die Kompetenz der hiesigen Gerichtsbarkeit nur gegen Caillard, Hamdt Bey und Verger statfinde, da diese drei auch hier von früher her Ansprüche auf Kostenersatz hätten.

Österreich-Ungarn.

Wien, 23. Dezember. Gemäß der jüngsten Bischofskonferenz haben die Bischöfe die beschlossenen Eingaben gegen die Rübelle an den Kaiser und den Papst bereits überreicht. Unabhängig von der hierüber in Wien und Prag im Gange befindlichen Verhandlung glatt unter manchen günstigen Anzeichen verlaufen ist, wird die Parteilage wieder als verschärft betrachtet. Die Einzelverhandlung des Budgets nach Neujahr dürfte einen bewegten Verlauf nehmen.

Luxemburg.

Luxemburg, 23. Dezember. (W. T. B.) Die Kammer genehmigte heute einstimmig das Budget und vertagte sich hierauf bis zum 31. Januar. Im Betreff des von der Regierung eingebrachten Gesetzentwurfs, durch welchen dem Orden der Elisabethinnen unter der Bedingung, daß derselbe seine Leistungen dem Großherzog zur Genehmigung unterbreite, die bürgerlichen Rechte zuerkannt werden, beantragte der Zentralausschuß der Kammer, daß den Elisabethinnen diese Rechte ohne irgend eine Garantieleistung ihrerseits gewährt und ihren Klöstern unbeschränkte Freiheit gegeben werden soll.

Belgien.

Brüssel, 21. Dezember. Der hiesigen aus Asien heimgekehrte Kapitän Danneke schildert das dortige zivilisatorische Vorgehen der Italiener als bewundernswürdig und erfolgreich. Der Hafen Mailand ist für die größten Schiffe zugänglich; die Gebäude der Regierung und der Behörden bilden eine ganze Stadt. Hervorragende Leistungen sind die 27 Kilometer lange Eisenbahn von Mailand nach Saati und die 90 Kilometer lange Fahrstraße, welche die Küste mit den 2500 Metern über dem Meerespiegel gelegenen Hochebenen verbindet. Diese Straße ist zehn Meter breit, gepflastert und mit Brüllengeländern versehen. In Folge der Erbauung der Eisenbahn und Fahrstraße kann man von Mailand aus Asmara in 16 1/2 Stunden erreichen. Koloniale Manufaktur durchschneiden die Strecke in 15 Stunden; auf der Hälfte der Straße ist eine Station, in welcher die Manufaktur gewechselt werden, eingerichtet. Ein Theil der Reise ist sehr beschwerlich. Während in Mailand eine furchtbare Hitze herrscht, ist das Klima in Asmara, auf den Hochebenen ein europäisches. Die Abende und Nächte sind so kühl, daß man sich warm kleiden muß. Man erntet daselbst Weizen, Kartoffeln und alle Gemüse der gemäßigten Zonen.

Brüssel, 23. Dezember. Der Chef der Pariser Sicherheitspolizei, Goron, ist hier in Begleitung mehrerer Geheimpolizisten zur Bewachung des Prinzen Viktor Napoleon eingetroffen. Wie verlautet, will die französische Regierung die Ausweisung des Präsidenten aus Belgien begehren.

Frankreich.

Paris, 23. Dezember. (W. T. B.) Deputirtenkammer. Die Tribünen sind überfüllt. Unter lebhafter Bewegung begrüßte Millevoe seine Interpellation über die Auslassungen zweier ehemaliger Ministerpräsidenten bezüglich der Vererbung gewisser von der Panama-Gesellschaft herrührender Fonds. Floquet, welcher auf den Bänken der Deputirten Platz genommen hat, erwiderte, seine Regierung könne der Vertheilung eines Fonds für bestimmte Veröffentlichungen fremd gegenüberstehen, welcher bedeutend höher, als die Geheimfonds dotirt und zur Vertheilung an die Presse bestimmt gewesen sei. Er selbst habe für diesen Fonds nichts gefordert und mit den Geldern desselben nichts zu thun gehabt. (Zurufe rechts, Beifall links.) Darauf hielt Millevoe unter lebhaftem Lärm eine Rede, in welcher er Rouvier, Jules Roche und Floquet heftig angriff. (Protestrufe links.) Rouvier bestritt auf das Entschiedenste die Behauptung, daß seine Regierung von einer Ueberwachung der Vertheilung der von der Panama-Gesellschaft herrührenden Beträge Kenntnis gehabt habe. Er wiederholte hierauf die Erklärungen, welche er bei der Einbringung des Antrages auf Ermächtigung zur gerichtlichen Verfolgung mehrerer Deputirten abgegeben hatte und gab zu, daß er, durch die Verhältnisse gezwungen, von Mailand 50,000 Franken für den Geheimfonds entliehen habe. Niemand habe das Geld an Mailand zurück-erstattet. Er (Rouvier) habe nicht gewußt, daß das Geld von der Panama-Gesellschaft herkäme. (Bewegung auf verschiedenen Seiten.) Im Fortgange der Sitzung erklärte Millevoe, die Auslösung der Kammer stelle sich angesichts des öffentlichen Mißtrauens als unabweisliche Nothwendigkeit heraus. Der Redner wurde wegen dieser Aeußerung zur Ordnung gerufen. Ribot hob in seiner Erwiderung hervor, das

Land sei ruhig, es stehe auf Seiten der Regierung, es wolle Rechtsschaffenheit in der Politik, aber gleichzeitig wolle es die Republik nicht angreifen lassen. Die Gerichte seien mit der Panama-Angelegenheit befaßt, er frage, ob man etwa nicht den Wahrspruch derselben abwarten könne. (Sehr gut links, Lärm rechts.) Man wolle aber der repräsentativen Regierungsform den Prozeß machen und verfolge politische Ziele. Die Regierung werde sich weder beunruhigen noch einschüchtern lassen und werde die gegenwärtige Kampagne genau überwachen. Ribot schloß: „Diesen, welche glauben, daß es keine Regierung gebe, täuschen sich. Wir werden nicht in Verlegenheit kommen, es ihnen bei Gelegenheit zu zeigen. Wir werden keine unserer Pflichten un erfüllt lassen.“ (Beifall.) Nach einer Erwiderung Drouot's nahm Ribot neuerlich das Wort und hob hervor, man verlange, daß die Regierung von der Tribüne herab Theorien vertrete. Das sei nicht ihre Rolle, ihre Aufgabe sei vielmehr zu handeln und diejenigen des Parlaments, die Regierung nach ihren Handlungen zu beurtheilen. Ribot verlangte schließlich eine Tagesordnung, durch welche der Regierung das Vertrauen ausgesprochen wird. (Beifall.) Dubard brachte hierauf folgende Tagesordnung ein: Indem die Kammer die Erklärung der Regierung billigt, vertraut sie der Festigkeit derselben, daß sie das unabwiesliche Werk der Gerechtigkeit und Aufklärung sicherstellen werde und geht zur Tagesordnung über. Diese Tagesordnung, welche die Regierung, acceptirt wurde, alsdann mit 353 gegen 91 Stimmen angenommen und die Sitzung geschlossen.

Paris, 23. Dezember. (W. T. B.) Der Untersuchungsrichter vernahm heute Vormittag Andreux, welcher über seine gestern vor der Panama-Untersuchungskommission erstatteten Auslassungen genauere Angaben machte.

In einem heute Vormittag abgehaltenen Ministerrathe theilte der Ministerpräsident Ribot mit, Millevoe beabsichtige eine Interpellation einzubringen über die Auslassungen zweier ehemaliger Ministerpräsidenten bezüglich der Vererbung gewisser von der Panama-Gesellschaft herrührender Fonds. Es wurde beschlossen, daß sich die Regierung der Kammer zur Verabreichung dieser Interpellation zur Verfügung zu stellen habe.

Italien.

Rom, 23. Dezember. (W. T. B.) Der Papst empfing heute das heilige Kollegium, welches die Glückwünsche zum Weihnachtsfeste darbrachte. Der Papst dankte für die Glückwünsche und sagte, wenn man die Lage in Europa vom moralischen und religiösen Gesichtspunkte betrachte, bemerke man das Herannahen eines Sturmes, welcher das letzte bedrohliche Anzeichen eines Niederganges und Unheils sei, die nur durch die heilige Kraft der Kirche beseitigt werden könnten. Die Kirche befände sich im Kampfe gegen die heftigsten Angriffe. Der Papst verbreitete sich sodann speziell über die Vorgänge in Italien und verurtheilte das Wirken einer schädlichen Sekte, welche niemals eine wahrhafte Freundin des Volkes sein würde, lieber aber von der Regierung unterstützt und gefördert werde. Zum Schluß erstellte der Papst den Segen Gottes für Rom und für die ganze Welt.

Großbritannien und Irland.

London, 21. Dezember. Der Auschußbericht über des Generals der Heilsarmee Booth bekannte Sozial-Utopie ist erschienen und — das ist für den General vorläufig das wichtigste — spricht ihn von aller Verwendung eingezogener Gelder zu seinem und seiner Familie Lebensunterhalt vollständig frei. Er lebt von einem Leihgeld, das ihm ein Freund ausgesetzt, und dem Ertrags seiner literarischen Veröffentlichungen; beides stimmt nachgewiesener Maßen mit seinen Ausgaben, und somit wäre er von dem häßlichen Vorwurf der selbstthätigen Ausbeutung seines sozialen Rettungsplanes rein gewaschen. Wie man sich erinnern wird, trat der General vor zwei Jahren als praktischer Sozialphilosoph auf mit dem Buche „In und aus dem dunkelsten England“; denjenigen, die in den Bränden des Lebens unterzugehen drohten, wurde darin eine Rettungsplanke gereicht, die nach der Booth'schen Auffassung die dreifache Form einer Citrus-, Farm- und überseeischen Kolonie annahm. In letzterer sollte eine Art von Idealstaat verwirklicht werden, zu welchem die in der City- und Farmkolonie Angehörigen das Bevölkerungsmaterial zu liefern hätten. Der Plan wirkte mit seiner von Stach herrührenden stilistischen Macht äußerst blendend; trotz der angeblich feindlichen Stimmung in den höheren Kreisen gegen den General und seine Werke liefen doch 100,000 Pfund (zwei Millionen Mark) ein; und da nun einmal für Wohlthätigkeitszwecke in gewöhnlichen Zeiten beim britischen Publikum nur eine gewisse, mathematisch ziemlich feststehende Summe fließt, die selten überschritten wird, so machte sich diese neue Betteile bald in einer Verringerung der Einnahmen anderer Institute bemerkbar; was ihnen einzuwenden wurde, fiel dem General zu. Darob erhob sich gegen ihn ein Sturm der Entrüstung, der in der Auflage gipfelte, daß er die ihm anvertrauten Gelder ohne jegliche Rechnungsablage in eitelte Dinge vertheile. Prof. Duxley und die „Times“ gehörten zu den Generals strengsten Kritikern. Zur Entkräftigung der gegen ihn gelehrdeten Beschuldigungen beantragte schließlich Booth selbst einen Untersuchungsausschuß; Lord Dunsford, Sir P. James, Sydney Duxton und eine vereidigte Auditorfirma nahmen daran theil, hielten achtzehn Sitzungen ab, verhörten zwanzig Zeugen, besuchten die beiden Kolonien und verfaßten daraufhin den oben erwähnten Bericht, der, wie gesagt, des Generals persönliche Ehre flendenweise hinstellte. Thatsächlich sind die eingelegenen Summen zu den im Auftrage angegebenen Zwecken verwandt worden, und zwar im Allgemeinen in geschäftsmäßig unaufersehbarer Weise; auch wurden Einnahmen und Ausgaben gebührend gebucht; nur fehlt es jetzt jede Bürgschaft gegen Veruntreuungen; mit anderen Worten, der General hat die für das „dunkelste England“ eingegangenen Gelder ausschließlich in Händen und hätte, wenn er ein Schurke wäre, damit durchbrennen können. Die Freunde des Generals können mit diesem Schlusse zufrieden

Deutschland.

Berlin, 24. Dezember. Es ist begreiflich, schreibt die „Magb. Ztg.“, wenn man die gegenwärtigen Vorgänge in Frankreich bei uns in Deutschland nicht nur unter dem philosophischen Gesichtswinkel der Völkerpsychologie, sondern mehr noch unter dem praktischen der Einwirkung auf das Verhältnis zwischen uns und dem Nachbarlande betrachtet. Wenn man aber hier und da bereits so weit geht, sie gegen eine Verstärkung des deutschen Heeres zu verwerthen, so ist das nicht berechtigt. Allen Anschein nach sind freilich die Stützen der regierenden republikanischen Gesellschaft bedenklich morsch geworden und die Möglichkeit ist gegeben, daß die bestehende Staatsform unter dem ersten ernsthaften Stoße zusammenbricht.

Abet deshalb zu meinen, daß unter diesen Umständen die Franzosen auf längere Zeit im eigenen Hause noch viel zu thun haben würden, um an den Revanchekrieg gegen Deutschland zu denken, würde sehr irrig sein. Im Gegenstheil, in der allgemeinen Verwirrung, welche eine innere Katastrophe hervorbringen würde, könnte es leicht kommen, daß Derjenige die Oberhand gewänne, welcher das Volk mit einem die Leidenschaft aller ohne Unterschied der Partei entflammenden Worte fortzureißen verstände. Und es gäbe kein anderes Wort, welches diese Zauberkraft in dem Grade besäße, wie die Vergeltung seit 1870. Jedenfalls ist es wahrscheinlich, daß die erwähnte Katastrophe den Ausdruck des Krieges beschleunigen, als daß sie ihn verzögern würde. Man sage auch nicht, daß die Ansichten eines russisch-französischen Zusammenwirkens verändert seien. Es mag ja sein, daß der Zar durch den neuesten Gang der Dinge in Frankreich nicht wenig verstimmt ist. Aber jede neue Gewalt, die in Frankreich aus Ruher käme, würde zunächst nach der Hand Russlands suchen, und es ist nicht abzusehen, wie diese Gewalt dem Zaren minder sympathisch oder, sagen wir vielleicht richtiger, noch un sympathischer sein sollte, als die gegen-

